

Stimmfreiheit in Würde

Demokratie und Menschenrechte nach dem Minarettverbot

C. W. · Die Initiative für ein Minarettverbot sei die erste, «welche nach der Abstimmung intensiver diskutiert wurde als davor», schreiben die vier Herausgeber eines Büchleins, das diese etwas überspitzte Aussage alimentiert. Die vielen Autorinnen und Autoren blicken, fast alle aus gegnerischer Sicht, auf Gründe und Folgen des Volksentscheids sowie auf zu ziehende Konsequenzen. Wiedergegeben sind auch Stimmen aus dem Ausland, wo die diskriminierende Beschränkung der Religionsfreiheit in der Schweiz das Eintreten für die direkte Demokratie wie auch die Menschenrechtspolitik gegenüber arabischen Staaten erschwert.

Als Faktoren der 57-prozentigen Ja-Mehrheit erscheinen die vorangegangenen aussenpolitischen «Erniedrigungen», Unsicherheiten der Globalisierung, ein Bild des Islam im Kontrast zum «Eigenen» sowie ein Versagen der politischen Kommunikation. Die Medien im Speziellen, schreiben Roger Blum und Marlin Prinzing, hätten die Meinungen nicht umstossen können, das Thema aber tiefer analysieren und die Stimmung besser erfassen sollen. Dani Schönmann konstatiert einen Realitäts- oder Relevanzverlust der Politik und gibt die Schuld dem «neoliberalen Zeitgeist» wie auch der SVP, welche die direkte Demokratie missbrauche. Josef Lang erkennt als Schweizer Demokratie-Paradox eine Verbindung von starker Partizipation und politischer Ausgrenzung. Den mangelhaften Einschluss der Menschenrechte in das Demokratieverständnis führt Nationalrat Andreas Gross auf die Abkoppelung von Europa und dessen Katastrophenerfahrung zurück.

Abhilfe erhofft man sich gerne von der politischen Bildung. Hinzu kommen verfassungsrechtliche Postulate. Jörg Paul Müller und Daniel Thürer präsentieren ihren Vorschlag für einen generellen Toleranz-Artikel, der das Minarettverbot ablösen könnte. Im Zentrum steht aber die Forderung, die Gründe zur Ungültigerklärung von Initiativen zu erweitern. Dabei wird betont, dass der Schutz der Menschenrechte bei solchen Verfassungsrevisionen die direkte Demokratie letztlich stärke, ja «ihr die Würde zurückgibt» (Gross). Vorlagen, die sich wegen übergeordneten Rechts nicht umsetzen liessen, seien irreführend und verletzen die Abstimmungsfreiheit, argumentiert der frühere Bundesgerichtspräsident Giusep Nay.

Johannes Pichler (Graz und Salzburg) nimmt «Bauch»-Entscheide als Realität. Er macht sich Sorgen um die Akzeptanz der Menschenrechtskonvention, sollte die Schweiz in Strassburg verurteilt werden, und kritisiert, dass die Bürger bei der Europäisierung des Rechts nicht mitreden konnten - die Bürger, von denen zuerst einmal die Herzen gewonnen werden müssten. Übrigens deutet Georg Kreis das Minarettverbot vorläufig weniger als Dammbbruch denn als Ablassen von Dampf. Auftrieb erhielten aber Forderungen nach Integrationsvorschriften. Solche weist Nationalrat Daniel Vischer zurück - und er fragt rhetorisch auch, ob «die Integration der Italiener in der Schweiz ohne die Parallelgesellschaften von KPI und katholischer Kirche so erfolgreich verlaufen wäre».